

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinstes Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zusatzen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Bürokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgelassene Petitzeile 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelanfertigung und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Tschne. — Druck und Verlag: Carl Tschne in Dippoldiswalde.

Nr. 24

Sonnabend den 29. Januar 1921

87. Jahrgang

Brot- und Milcharten

werden Sonnabend, den 29. ds. Mts. von 9—12 Uhr im Sitzungszimmer des Rathauses nur gegen Vorlegung der Brotausweisakarte ausgegeben.
Dippoldiswalde, am 26. Januar 1921. Der Stadtrat.

Öffentliche Sitzung des Schulausschusses zu Dippoldiswalde am 27. Januar 1921.

Der erste Teil der Sitzung, zu der auch Herr Schulrat Sturm erschienen ist, findet statt in Gemeinschaft mit den Schulausschüssen von Pausdorf, Reichstädt, Reinholdsbain und Ubersdorf. Zweck der Sitzung ist die Bildung eines Mädchenfortbildungsschulverbandes der vertretenen Schulgemeinden. Herr Bürgermeister Herrmann als Vorsitzender des diesigen Schulausschusses erläutert zunächst den Zweck der Zusammenkunft, während Herr Schulrat Sturm die Vorteile solcher Zweckverbände, deren bereits eine Anzahl bestehen, beleuchtet. Herr Kantor Schmidt weist darauf hin, daß die Behörde von Dippoldiswalde sich gedacht habe, den Unterricht auf einen Nachmittag und die Stunden 1—6 oder 2—7 zu legen; davon sollen zwei Nachmittagsstunden sein und dazu sollte noch eine Stunde Turnen kommen. Auf die geforderten als Minimum verlangten drei Wochenstunden dürfte man sich nicht beschränken, sollte Erspitzliches geleistet werden. Von den Schulausschüssen der Verbandsgemeinden wird die Bedingung gestellt, daß der Unterricht auf 8—8 1/2 Monate im Jahre zusammengefaßt wird, damit die Mädchen während der Zeit der Hauptfeldarbeit schulfrei sind. Dann komme es auf eine Stunde mehr nicht an. Das bedeutet also die Einrichtung besonderer landwirtschaftlicher Abteilungen an unterer Schule, was aber schließlich auch aus anderen Gründen empfehlenswert und insofern ohne Belang ist, als die Zahl der Schülerinnen an sich mehrere Klassen bedingt. Der Schulrat selbst wird allerdings dadurch kaum vergrößert. Nach Aussage des Herrn Schulleiters macht sich die Anstellung einer geprüften Lehrerin erst für das zweite Schuljahr nötig, wo der Nachunterricht einsetzt (bis dahin würde also auch unsere Schullehre auszureichen sein). Im ersten Jahre kommen nur einige Arbeitsstunden in Frage. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Gründung eines solchen Verbandes der Schulgemeinden Dippoldiswalde, Pausdorf, Reinholdsbain und Ubersdorf einstimmig beschlossen wird. Der Verband umschließt also auch die Orte Benzdorf, Walter, Glend und Oberdörsch. Reichstädt kann eine verbindende Erklärung noch nicht abgeben. Der Grund ist der weite Schulweg, den die Schülerinnen besonders des Oberdörsches haben würden. Man möchte deshalb und da auch die Zahl der Schülerinnen (schätzungsweise etwa 20 Konfirmanden) eine geringere ist, den Unterricht am liebsten im Orte selbst stellen, dem Verbande aber sofort beizutreten, wenn die Möglichkeit gegeben wäre, die Dippoldiswalder Geschlechts auch in Reichstädt arbeiten zu lassen. Während einerseits die Erfüllung dieses Wunsches als möglich zugesehen, andererseits auf die unabweislichen Umstände hingewiesen und betont wird, daß der Schulweg ein so großes Hindernis nicht sein könnte und lange Schulwege auch anderwärts in Kauf genommen wurden, erklärt Reichstädt zur erledigten Sache. Bis Ende nächster Woche. Herr Bürgermeister Herrmann macht den Vorschlag, Reichstädt in die ersten Schuljahre seiner Mädchen nach Dippoldiswalde zu schicken und im Oktober 1922, wo so die Anstellung der Lehrerin erst erfolgt, sich endgültig entscheiden unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen. Nachdem man sich darüber einig geworden ist, daß für die zur Ausarbeitung der Statuten einzusetzende Kommission die Erde nächster Woche Dippoldiswalde 4, die anderen Schulgemeinden je 2 Vertreter zu bestimmen haben, läßt Herr Bürgermeister Herrmann den ersten Teil der Sitzung. Nach kurzer Pause schließt sich die eigentliche Schulausschuss-Sitzung an, zunächst mit verschiedenen Kenntnisnahmen. Amtshauptmannschaftliche Beschlüsse sind in der Bürger- und Fortbildungsschule im Dezember ausführlich nicht zu verzeichnen.

Die Ueberweisung von 288 Dosen amerikanischer Milch ermöglichte an 24 Tagen die Abgabe von je einem reichlichen Viertel Liter an 115 Kindern. Die Behörde hat sich an der Ausgabe beteiligt. Dem Schulhausmann bez. seiner Ehefrau bewilligt der Ausschuss für die dabei gehabte recht beträchtliche Arbeit 50 Mk.

Gewilligt wird die Aufnahme je eines Kindes aus Benzdorf und Reichstädt. Das Schulgeld für dieselben soll nach den gesetzlichen Bestimmungen ermittelt werden (es be-

trägt die durchschnittlichen Kosten der Stadt für ein Kind während der letzten 3 Jahre).

Bewilligt werden — meist nachträglich und wohl zur Berücksichtigung im Haushaltsplan — 80 Mk. für Wiederinstandsetzung von rund 200 mehr oder weniger beschädigten Riederbänken, 35 Mk. für eine Lampe im Lehrerabot und 616,30 Mk. für verschiedene Reparaturen (darunter rund 250 Mk. für eine solche des Ventilators in der Turnhalle).

Nach den Vorschlägen der Behörde legt man die Empfänger der Zinsen von 3000 Mk. Kapital der Biederemann-Stiftung (Stiftungsgemäß 9 Konfirmanden), der 6 Mk. Zinsen von Meyers Beleg (ein Konfirmand) und nach dem Vorschlage des Gemeindevorstandes die der 150 Mk. Zinsen der Carl-Eduard-Grundig-Stiftung (Waisenkind) fest.

Weiter liegt eine längere Eingabe der drei diesigen Turnvereine vor, die eine Verbesserung des ihnen für Erteilung des Fortbildungsschulturnens aus der Schulleitung gewährten Entgelts erbittet. Man kann sich den angeführten Gründen nicht verschließen und schlägt den städtischen Kollegien die Erhöhung des pro Monat und Schüler zu zahlenden Betrags von 20 auf 60 Pf. vor.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung des Haushaltsplanes der Bürgerschule auf das Rechnungsjahr 1920/21, der den städtischen Kollegien mit 167 856 Mk. Einnahme, 213 201 Mk. Ausgabe und somit 45 345 Mk. Fehlbetrag zur Annahme empfohlen wird.

Schließlich bringt man für die erwähnte Kommission für den Mädchen-Fortbildungsschulverband die Herren Bürgermeister Herrmann, Stadtrat Jödel, Stadtverordneten Schumann und Schulleiter Schmidt in Vorschlag.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung

Vertikales und Sächliches.

Dippoldiswalde. Von heute Freitag bis Sonntag hält der hiesige Gesangsverein seine mit Prämierung verbundene 31. Gesangs- und Konfirmanden-Ausstellung ab. Der Katalog weist überhaupt 394 Ausstellungsummern auf. — Die Ausstellungen des Vereins haben sich, wie dies auch aus der bisherigen Zahl hervorgeht, stets eines reichen Zuspruchs erfreut und selbst der Nichtschwamm wird an den Tieren keine helle Freude haben. Ein Besuch der Ausstellung wird alle lohnen.

Jugenderziehung: Freitagabend findet in „Stadt Dresden“ Sitzung des Jugendring-Ausschusses statt.

Hödenborn. Am 25. d. M. tagten hier in gemeinschaftlicher Sitzung die Schulvorstände von Hödenborn, Beerwalde, Boritz, Oberannersdorf und Ruppendorf. Auch Vertreter der Gemeinden Dorsdorf und Rinsenberg nahmen an den Verhandlungen teil. Auf Vorschlag des Beirats-Schulrates des Ortsteiles man die Gründung eines Zweckverbandes zur Erziehung einer gemeinsamen, beruflich gebildeten Fortbildungsschule für die Anaben und Mädchen der fünf Gemeinden der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde. Der Verband ist aber bereit, sich durch Annahme der Gemeindevorstände und Rinsenberg zu erweitern, falls die Schulbehörden hierzu Genehmigung erteilen.

Zinnwald-Grängenfeld. Zum Hilfsstellenlichen von Zinnwald-Grängenfeld ist Herr Kandidat Schulze-Dresden bestellt worden. Die Einweisung wird am 6. Februar durch Herrn Superintendenten Michael erfolgen. Ueber Zeit usw. erfolgt noch nähere Bekanntmachung.

Dresden. Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung des Landtages stand zunächst die Beratung eines Entwurfs der Sozialdemokraten, die gesetzliche Regelung des Arbeiterlohnes im Bandbetriebe betreffend. In dem Antrag wird gefordert, den Lohn der Arbeiter in Bandbetrieben als halb landesgesetzlich zu regeln und zur Durchführung des Bandarbeiterlohnes die Mitwirkung von Ausschüssen aus den Kreisen der Berufsarbeiter in allen Bezirken sicher zu stellen. Der Antrag wurde, nachdem der Regierungsvorsteher zugestimmt hatte, daß die Regierung verfahren werde, im Sinne des Antrages die in den sächsischen Großstädten schon vorhandene Kontrolle auch auf weitere Bezirke auszuweiten, gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien dem Ausschuss überwiegen. Von bürgerlicher Seite wurde gegen den Antrag eingewandt, daß man zunächst die Erfahrungen, die in den Großstädten mit den Ausschüssen gemacht werden, abwarten sollte, ehe man die Bestimmungen

über das ganze Land überträgt. Hierauf begründete Frau Abg. Wüstmann (Dsch. Sp.) einen Antrag, der die zeitgemäße Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen betrifft. In diesem Antrag wird die Regierung ersucht, ein Vorlage zu bringen, in der die Sicherstellung eines Existenzminimums, einer entsprechenden Altersversorgung und einer ausreichenden Versorgung bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, Inflation oder Berufsunfähigkeit vorgeesehen ist. Der Antrag wird, nachdem die Vertreterinnen der Sozialdemokratischen Parteien die Verstaatlichung des Hebammenwesens gefordert, einstimmig dem Rechtsausschuss zur Weiterberatung überlesen. Schluß der Sitzung 1/4 5 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag den 28. Januar vormittags 1/2 10 Uhr. Tagesordnung: Abstimmung über den Antrag betreffend den Ankauf des Grand Anton Hotels in Dresden, Vorlage über Volksentscheid und Volksbegehren.

Der Haushaltsausschuss A des Landtages beriet in seiner Donnerstag-Sitzung über die im Rahmen des neuen Finanzgesetzes vorgesehene Erhöhung der Höhe der Grundsteuer. Angenommen wurden die §§ 1 und 2 des Finanzgesetzes, die die Erhöhung der Grundsteuer von 10 auf 20 Pf. enthalten. Dieser Beschluß hat die Wirkung, daß die Grundsteuer zum nächsten Termin in Höhe von 15 Pf. pro Einheit erhoben wird.

Tham. Bei der Stadtverordnetenwahl waren von bürgerlicher Seite 7, von sozialdemokratischer Seite 2 verbundene Listen aufgestellt worden. Für die bürgerlichen Listen wurden 1229, für die sozialdemokratischen Listen 951 Stimmen abgegeben, so daß das Bürgertum 7 von 12 Sitzen erhält. Bei der vorigen Stadtverordnetenwahl erhielten die Bürgerlichen 3, die Sozialdemokraten 9 Sitze.

Seyer. Das Gericht, die Stadtverordnetenwahl vom 12. Dezember sei für ungültig erklärt worden, hat jetzt schriftliche Bestätigung gefunden. Die Amtshauptmannschaft hat dahin entschieden, daß die letzte Stadtverordnetenwahl für nicht gültig anzusehen sei, und daß infolgedessen eine abermalige Wahl vorgenommen werden müsse. Diese erneute Wahl darf nach den gesetzlichen Vorschriften nicht vor dem 13. Februar stattfinden.

Oberwiesenthal. Das Sportheim wird wieder zum modernen Fremdenhof eingerichtet. Die Sorge, daß dieses prächtige Haus dem Fremdenverkehr verloren gehen könnte, ist damit endlich geschwunden.

Riederplanitz. Wie zuverlässig verlautet, werden die beiden Schwestergemeinden Riederplanitz und Oberplanitz nach eventuellem Zustandekommen der Verleihung die Verleihung des Stadtrechtes beantragen. Die Verleihungsfrage wird in nicht allzuferner Zeit ihre endgültige Entscheidung finden.

Reichenbach. Am Montag früh wurde durch die hiesige Kriminalpolizei im Hofe eines Fuhrwerkshebers ein großer Lastkraftwagen aufgegriffen, der faden mit einer wohlverdienenden großen Ladung in der Richtung aus Weiden in unsere Stadt gekommen und in das bez. Grundbesitz eingeschlagen war. Die Ladung bestand aus 86 Zentner Weizenmehl, die im Schleichhandel verschoben werden sollten. Man war gerade im Begriff, die Ladung abzuladen und in einem Lastkraftwagen samt der Ladung im Werte von etwa 50000 Mk. beschlagnahmt. Wagen und Mehl wurden in behördlichen Gewahrsam genommen. Der Kraftwagenfahrer und zwei Personen, die in dringendem Bedacht stehen, an der Schließung mit beteiligt zu sein, wurden in Haft genommen. Der Wagen gehört einer Expeditionsfirma in Grimmlitz.

Zwickau. Der Rat ließ durch Stadtbaurat Ederbach dem aus Vertretern hiesiger gemeinnütziger Korporationen gebildeten Verkehrsamt die von der Generaldirektion in Dresden ausgearbeitete Planung des neuen Zwickauer Bahnhofes, dessen Bauzeit auf acht bis zehn Jahre bemessen ist, vorlegen. Der Ausschuss erklärte sich mit der Planung im großen und ganzen einverstanden, nur wurde noch eine bessere und kürzere Verbindung mit dem Stadteil Marienberg gewünscht.

Schönberg D.S. Beim Entsetzler Jeremias wurde von einer Frau ein Herz mit acht Nerven, vier Ohren und zwei Schwänze geworfen.

Sparr- und Girokasse Hödenborn
Januar täglich von nachmittags 1/2 3—6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 27. Januar.

Das Jugendwohlfahrtsgesetz.

Herrn Frau Müller-Eisfeld (DnL) begründet eine Interpellation aller Frauen des Hauses mit Ausnahme der Kommunistin auf Vorlegung eines Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes. Für die seelischen Bedürfnisse der Erziehung reicht die staatliche Fürsorge nicht mehr aus. Reichsminister des Innern Koch: Die Reichsregierung legt den größten Wert darauf, auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt durch ein Reichsgesetz der Bewahrung der Jugend entgegenzutreten. Der Entwurf ist dem Reichstag bereits im Februar 1920 zugegangen, aber erst im Juli 1920 vom Reichstag in Angriff genommen worden. Leider wird die Durchführung des Gesetzes erheblichen finanziellen Schwierigkeiten begegnen. Die Vorlage wird voraussichtlich in einigen Wochen dem Reichstage zugehen.

Nach kurzer Aussprache, an der sich fast nur die Frauen, u. a. die Abg. Frau Baum (Dem.), Frau Schröder (Soz.), Frau Lang (Bayer. Volksp.) und Frau Neuhans (Centr.) beteiligen, wird die Interpellation für erledigt erklärt.

Verordnungen über die Übergangswirtschaft.

Auf der Tagesordnung steht dann die dritte Lesung des Gesetzesentwurfes über den Erlaß von Verordnungen für die Zwecke der Übergangswirtschaft. Danach kann mit Zustimmung des Reichsrates und eines Reichstagsausschusses die Regierung die Maßnahmen anordnen, die ausschließlich die Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft betreffen.

In der Einzelabstimmung wird das Gesetz angenommen. Die Gesamtabstimmung wird auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Die Pariser Konferenz.

Die Entschädigungsfrage vor dem Alliiertenforum.

Am Mittwoch vormittag haben die alliierten Staatsmänner sich mit der Entschädigungsfrage, dem wichtigsten Programmpunkt der Pariser Konferenz, befaßt. Im Verlaufe der Aussprache kam es alsbald zu einem scharfen Redeuell zwischen dem französischen Finanzminister Doumer und Lloyd George.

Doumer erklärte, daß die Gesamtentschädigungssumme, die Deutschland zu zahlen haben werde, mit 200 Milliarden

festgesetzt würde, von denen 112 Milliarden auf Frankreich entfallen würden. Zur Bezahlung dieser Summe werde Deutschland 30 Jahre Zeit gelassen.

Um die Zahlung zu ermöglichen, müßte Deutschland einen Teil seiner Besitzungen verpfänden, wie z. B. Bergwerke, Eisenbahnen usw. Doumer wies dann auf die Bedeutung der Summe hin, die Deutschland für die Wiedergutmachung der von ihm verursachten Schäden schulde. Er erinnerte an die vielen Toten, die Frankreich zu beklagen habe, und an die verwüsteten Provinzen. Es brauche 54 Milliarden für Pensionen und 48 Milliarden für den Wiederaufbau. Das bisherige französische Budget enthalte mehr als 16 Milliarden Franken Ausgaben für den Wiederaufbau und für die Zahlung von Pensionen an Witwen und Kriegsverletzte. Diese Summe müsse Deutschland zurückerstatten, wenn man das Gleichgewicht des Budgets wiederherstellen wolle. Ohne diese Summe müßte Frankreich den Bankrott erklären. Man sagt, daß Deutschland dieselbe Gefahr drohe. Wenn aber ein Staat bankrott werden müßte, so sei es moralischer, wenn das Land bankrott gehe, das den Krieg begonnen hat.

Lloyd George fragte Doumer nach seiner Ansicht über die Zahlungsweise Deutschlands. Doumer antwortete, daß Deutschland vor dem Kriege für 10 Milliarden Goldmark exportiert habe. Deutschland müsse also diese Summe bezahlen (1) und es bleibe ihm noch ein Rest für seine Bedürfnisse. Lloyd George erwiderte, daß Deutschland dann keine Mittel zur Beschaffung von Rohstoffen haben werde. Doumer erwiderte aber, dies sei nicht seine Ansicht.

Die Beratung wurde alsdann abgebrochen, da einzelne Konferenzmitglieder noch genauere Angaben über verschiedene Punkte verlangten. Der französische Finanzminister Doumer versprach, ergänzende Dokumente beizubringen. Die Reparationsfragen werden von der Konferenz erneut besprochen werden, sobald die Mitglieder Kenntnis von diesen Dokumenten haben. Minister Doumer wird dann über die „praktischen Mittel“ sprechen, mit denen Deutschland zur Zahlung der Entschädigung gezwungen werden soll.

Anerkennung der Randstaaten.

Am Nachmittag wurde die baltische Frage behandelt. Estland und Lettland wurden völkerrechtlich als Staaten anerkannt. Die Anerkennung von Litauen ist mit Sympathie besprochen worden, jedoch wurde beschlossen, bis zur Regelung der Angelegenheit von Litauen jeden Beschluß hinauszuschieben. Die Konferenz äußerte sich ferner über die Anerkennung Georgiens im durchaus günstigen Sinne, wenn Georgien darum bitten würde.

Verlorene Zeit.

Die Pariser Konferenz hat bis jetzt herzlich wenig positive Leistungen aufzuweisen. Trotz mehrtägiger Beratungen ist mit Ausnahme der Anerkennung der Randstaaten keinerlei Ergebnis erzielt worden. Die Beratungen über die Entwaffnung wurden hinausgeschoben. Trotz aller Einigungsmeldungen sind die militärischen Sachverständigen noch zu keiner Verständigung über den Entwaffnungsplan gekommen. Marshall Foch hat mitten während der Verhandlungen Paris verlassen und ist nach London abgereist. Offenbar verharren die englischen Generäle auf dem Standpunkt ihres Vorgesetzten, des britischen Kriegsministers Churchill, der bekanntlich mit Rücksicht auf die drohende bolschewistische Gefahr eine Verlingerung der Entwaffnungsfähigkeit für die deutschen Einwohnerwehren, besonders in Ostpreußen, empfiehlt.

Da doch sich mit General Wilson und Bismarck nicht einigen kann, ist er schließlich zu Churchill nach

London gefahren, der kurz vor Beginn der Konferenz Paris wieder verlassen hat. Unter diesen Umständen erscheint ungewiß, ob man in dieser Woche noch zu einer endgültigen Entscheidung in der Abrüstungsfrage kommen wird.

Auch der zweite Programmpunkt, die Hilfsaktion für Oesterreich, ist unerledigt geblieben. Man betonte die Notwendigkeit einer großzügigen Kreditaktion, und stellte dem armen Lande eine Anleihe von 250 Millionen Dollars in Aussicht. Allerdings ließen die Alliierten durchblicken, daß ohne die Mitwirkung Amerikas eine tatkräftige Unterstützung Oesterreichs unendlich sei. Bei dieser negativen Entscheidung ist es auch geblieben.

Auch in der türkischen Frage kam man keinen Schritt vorwärts. Drei Stunden verlor man mit dem türkischen Botschafter. Die Beratung hatte den einzigen „Erfolg“, daß am 21. Februar in London eine neue Konferenz abgehalten wird.

Nicht minder ergebnislos verlief auch die Wiedergutmachungsdebatte. Während man sich in Doumergue f. St. auf 100 Milliarden Goldmark Gesamtentschädigung „geeinigt“ hatte, und auch die Sachverständigenbesprechungen in Brüssel eine einsichtigeren Beurteilung der Wiedergutmachungsfrage durch die Alliierten erwarteten ließen, beziffert jetzt der französische Finanzminister die deutsche Gesamtschuld auf 200 Milliarden, von denen Frankreich 112 zu erhalten hätte. Wenn auch diese Summe aus Abhandeln eingerichtet ist, so zeugt der französische Betrag doch von einer solchen großen Verblendung und phantastischen Inflationspolitik der französischen Regierung, daß es nicht über-raschend kam, wenn die Forderungen Doumers selbst bei Lloyd George keinen Anklang gefunden haben. Das Spiel mit dem Bankrott ist völlig überflüssig. Wenn es wirklich zu einem Zusammenbruch kommt, dann wird nicht nur Deutschland oder Frankreich, sondern alle beiden Staaten und mit ihnen ganz Europa in Mitleidenschaft gezogen.

Uebrigens bedürfen die Zahlen Doumers einer genaueren Nachprüfung. Der Gebiets- und Gebäudefund in Nordfrankreich kann niemals 48 Milliarden Goldmark betragen. Selbst nach englischen Schätzungen sind dafür höchstens nur 10 Milliarden, also ein Fünftel, in Anspruch zu bringen. Auch über die Zahlungsweise bestehen große Meinungsverschiedenheiten. Der französische Finanzminister verlangt, daß Deutschland jährlich zehn Milliarden zahle. Nicht mit Unrecht erwiderte ihm Lloyd George, daß Deutschland dann keine Mittel besäße, um sich Rohstoffe zu beschaffen. Doumer bestritt dies.

So war man schließlich auf dem toten Punkt angelangt. Die Entschädigungsfrage müßte einseitigen von der Tagesordnung abgesetzt werden, weil vorläufig doch eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war. Ob die Pariser Ententekonferenz überhaupt noch eine praktische Lösung der Entschädigungsfrage finden wird? Ohne Zustimmung der deutschen Sachverständigen dürfte es ihr schwerlich gelingen.

Besserung der Reichsmark.

Beginn des Preisrückganges?

Seit etwa zwei Wochen ist eine fortgesetzte Besserung des Marktkurses an sämtlichen Auslandsbörsen, insbesondere in New York, festzustellen. Der Anlaß für diese Besserung der Mark ist zweifellos in der Hauptsache bei der New Yorker Marktspekulation zu suchen. Die nordamerikanischen Lager sind vollgestoßt mit Waren und Fertigfabrikaten, die wegen des schlechten Valutastandes der europäischen Staaten keinen Absatz finden. Zahlreiche amerikanische Industriebetriebe müßten stillgelegt werden, viele andere Unternehmen starke Einschränkungen erfahren, weil keine Absatzmöglichkeit für die Produkte vorhanden war. Ueber zwei Millionen Arbeitslose sind die Opfer dieser verhängnisvollen Wirtschaftskrise geworden. Kein Wunder, daß die amerikanische Finanzwelt ein großes Interesse daran hat, die Kaufkraft des Festlandes wieder zu beleben. Dies ist aber nur möglich, wenn ein entsprechendes Verhältnis zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Valutakurs herbeigeführt wird. Zu dem Zwecke kaufen die amerikanischen Finanzleute jetzt ständig die großen Markbestände im Auslande auf und heben so durch die verstärkte Nachfrage den Kurs des deutschen Geldes. Gegen den niedrigsten Kursstand der Mark vor einem Jahre hat sich die deutsche Valuta um mehr als das Doppelte verbessert. Es ist anzunehmen, daß diese Kursgestaltung sich, abgesehen von den unermesslichen Schwankungen, auch in der nächsten Zeit fortsetzen wird.

Die Wirkungen der Markbesserung machen sich bereits bemerkbar. Auf dem Produktmarkt ist sofort ein neuer Preisrückgang festzustellen. Mais wurde vom Auslande bedeutend billiger angeboten, die Preise für Hälsenfrüchte sind erheblich zurückgegangen, finden aber nach den Börsenberichten keine Käufer, weil noch weitere Preisrückgänge erwartet werden. Wenn die günstigere Bewertung der deutschen Mark anhalten und weitere Fortschritte machen sollte, so müßte ein wesentlicher Rückgang der Preise für alle Waren und Lebensmittel eintreten, die sich im freien Verkehr befinden, zumal auch auf dem Weltmarkte die Preise beträchtlich gesunken sind.

Die Brotversorgung gesichert.

Wie verlautet, haben sich die Behörden mit Getreide für die Brotversorgung bis Anfang Mai bereits eingedeckt. Die Einkaufsmöglichkeiten sind angesichts der außerordentlich hohen Warenvorräte nicht ungenügend. Im Zusammenhang damit steht das Eintreten des Zolltarifes, der die Eindeckung für den Bedarf des laufenden Jahres zu immer günstigeren Preisen ermöglicht, da auch für den Bezug australischen und argentinischen Getreides der Dollar die Grundlage ist. Eine Krise in der Brotversorgung, wie im vorigen Jahre, die damals zur Erzeugung des Brotgetreides mit minderwertigen Stoffen führte, ist in diesem Jahre nicht zu befürchten.

Sicherung der Abstimmung.

Deutsch-polnische Uebereinkunft.

Zwischen dem deutschen Bevollmächtigten in Warschau und dem Vertreter der polnischen Regierung ist

der Interalliierten Kommission ist eine Uebereinkunft getroffen worden, dahingehend, daß den im polnischen Staat wohnenden deutschstämmigen Oberschleßlern bei der Vorbereitung für die Abstimmung und bei der Reise zur Abstimmung selbst seitens den polnischen Behörden keinerlei Hindernisse in den Weg gelegt werden dürfen. Ebenso ist Kurierverbindung zwischen dem deutschen Plebiszitkommissariat und den deutschen Abstimmungsorganisationen in Polen sichergestellt worden.

Von deutscher Seite ist zugesichert, daß, wie schon bisher geschehen, auch die in Deutschland wohnenden Stimmberechtigten polnischen Stammes in der Abstimmung ihres Stimmrechtes nicht beschränkt werden. Ebenso ist deren Verkehr mit dem polnischen Plebiszitkommissariat unter den gleichen Bedingungen wie in Polen zugesagt worden.

Achtung, Heimatsstreik!

In der Zeit vom 25. Januar, 4 Uhr nachmittags, bis zum 26. Januar, 8 Uhr vormittags, sind aus dem Einwohnermeldeamt der Polizeidirektion Katowitz etwa 500 bis 600 Anträge auf Ausstellung von Aufenthaltbescheinigungen zu Abstimmungszwecken spurlos verschwunden. Es wird dringend ersucht, daß alle Anträge auf Aufenthaltbescheinigungen sofort erneuert werden, damit keine Verzögerung in der Erlangung der Bescheinigung entsteht.

Deutsch-polnische Verhandlungen.

Die Botschafterkonferenz hat jetzt Herrn Althaus zum Vorsitzenden für die demnächst in Paris wiederanzunehmenden deutsch-polnischen Verhandlungen über die Pensionen, Archive usw. bestimmt, die im Frühjahr 1920 unvollendet geblieben waren. Deutscherseits ist hierbei auch Aufnahme der Verhandlungen über das beiderseitige Optionsrecht beantragt worden. Jedoch hat die Botschafterkonferenz hierüber noch keine Entscheidung getroffen. Die Verhandlungen über den Durchgangsverkehr nach Ostpreußen dauern fort. Ueber eine Reihe von Fragen ist bereits Einigung erzielt.

Erhöhung der Getreideerfassung.

Ausländische Futtermittel gegen Brotgetreide.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaftliche Unternehmungen beschäftigte sich eingehend mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppe für die Verringerung der Getreideerfassung; sie machte sich dafür folgende Grundzüge zu eigen:

Das Reich nimmt durch Reichsgesetz die Zentralisation für die Einfuhr des gesamten Auslandsgetreides (Weizen, Gerste, Hafer, Mais) ohne Rücksicht auf den Verwendungszweck in die Hand. Das von der Reichsmonopolverwaltung eingekaufte ausländische Brotgetreide ist für die Ernährung der Bevölkerung zu verwenden. Verkäufe im freien Verkehr sollen seitens der Monopolverwaltung nur zum Zwecke der Regelung der Inlandsgetreidepreise vorgenommen werden.

Die von der Reichsmonopolverwaltung eingekaufte ausländische Menge an Gerste, Hafer und Mais sind an Handel und Verbraucher abzugeben. Die Preise werden von der Reichsmonopolverwaltung festgesetzt. Bei der Abgabe an die Landwirtschaft zu Verfütterungszwecken soll die Ware in erster Linie ohne Gegenleistung durch Geld durch

Eintausch inländischen Brotgetreides

zur Ablieferung kommen. Hierbei ist darauf Bedacht zu nehmen, daß Qualität und Menge des als Futtermittel anzubietenden Getreides zur Abgabe des Brotgetreides veranlassen.

Das Monopol für die Einfuhr von Gerste, Hafer und Mais oder eine dieser Getreidearten kann zeitweise oder dauernd aufgehoben werden, sobald ihre Einfuhrpreis unter dem Preis des inländischen zur freien Verfügung überlassenen Brotgetreides ist. Während der Dauer der zentralen Bewirtschaftung des genannten Getreides ist jede Ausfuhr eines dieser Arten verboten.

Die Arbeitsgruppe erhofft von dem von ihr vorgeschlagenen Umlage-system eine so nennenswerte Erhöhung der Getreideerfassung, daß gleichwohl weniger Devisen für Einfuhr bereitgestellt zu werden brauchen als jetzt und unter Umständen Mittel für Lebensmittelausfuhr frei werden.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Januar 1920.

— Die Reichsregierung bereitet mit Unterstützung von Organisationen der Verpächter, Pächter und Landarbeiter eine neue Reichspacht-Schuldenordnung vor.

— Das auf Grund des Friedensvertrages zur Regelung der deutsch-englischen Handelspreisfragen gebildete deutsch-englische gemischte Schiedsgericht hielt in London seine erste Sitzung ab.

— Der preussische Finanzminister Lüdemann hat an alle amtlichen Stellen Preußens einen Erlaß gerichtet, in dem die Kündigung der Abonnements an die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ angeordnet wird.

— Ein internationaler Kongress kritischer Bergarbeiter wird demnächst in Koblentz zusammengetreten.

Englische Schiffbauer gegen den Schiffraub.

Nach einer Habermessung aus Glasgow erklärten die Schiffbauer des Clyde, wenn ihre Industrie sich im Zustande der Auszehrung befindet, so liegt dies nicht nur an der Erhöhung der Produktionskosten, sondern auch daran, daß die Regierung 400 deutsche Schiffe verkauft habe. Die Schiffbauergesellschaften haben in diesem Jahre nicht eine einzige Bestellung vom Schiffneubauten erhalten. Sie suchen die Regierung davon zu überzeugen, daß Großbritannien den Reichtum von 300 000 Tonnen Schiffsraum, dem Deutschland noch zu liefern habe, nicht benötige. — Jetzt erklärt es sich auch, warum die Alliierten so großzügig auf die deutsche Bitte um Ueberlassung des noch abzulebenden Schiffsraumes erfüllen wollen.

Einwanderung in die bisherigen deutschen Kolonien?

Durch die deutsche Presse ging kürzlich die Nachricht, daß einer Meinung der „Times“ die bisherigen deutschen Kolonien vom 31. Januar ab für

Deutsche wieder geöffnet sein sollten. Durch eine Anfrage bei der deutschen Botschaft in London ist festgestellt worden, daß dort bisher über die Möglichkeit der Nachricht nichts in Erfahrung gebracht werden können. Die Annahme erscheint also berechtigt, daß es sich hier um eine unzutreffende Meldung handelt. Die Berliner Stadtverordnetenwahlen für ungültig erklärt. Die vor dem Bezirksauschuß Berlin verhandelte Anfechtungsklage der Deutschen Volkspartei gegen die Berliner Stadtverordnetenwahlen hat zu einem bedeutungsvollen und für die Zukunft der Reichshauptstadt vielleicht entscheidend wirkenden Ergebnis geführt: der Bezirksauschuß hat als Verwaltungsgericht die Stadtverordnetenwahlen als ungültig erklärt. Die Bezirksverordnetenwahlen dagegen wurden als gültig erklärt. — Es ist wohl mit einer Berufung an das Oberverwaltungsgericht zu rechnen. Trifft diese Instanz der Entscheidung des Bezirksauschusses bei, so bedeutet dies die Auflösung des neugewählten Berliner Stadtparlamentes. Auch die Magistratswahlen dürften dadurch unwirksam werden.

Der Streit um das Monopol. Im Anschluß an den bekannten Monopol-Erlaß des Ministers Severing erhält der „Berliner Lokal-Anzeiger“ folgende Zuschrift:

„Es dem sozialistischen Herrn Minister nicht bekannt, daß der Vater des deutschen Sozialismus, Karl Marx, ein Monopol zu benutzen pflegte? Auf dem meistverbreiteten Bildnis von Marx, das bei zahllosen Genossen die Wand schmückt, kann man übrigens das vor der Brust hängende Glas in vollster Deutlichkeit sehen. Der andere nicht minder große Apostel der Sozialdemokratie, Ferdinand Lassalle, klemmte zwar nicht dieses „reaktionäre“ Instrument ins Auge, bediente sich aber auf eine sehr feine Art der damals beinahe ebenso feindlichen Vorgetriebe.“

Man sollte also, so heißt es in der Zuschrift weiter, mit der politischen Deutung unpolitischer Gegenstände etwas vorsichtiger sein.

Ein Zwischenfall in der schlesischen Landwirtschaftskammer.

Ein ernster Zwischenfall hat sich, der „Börs. Ztg.“ zufolge bei der Feier des 25-jährigen Jubiläums der schlesischen Landwirtschaftskammer im Breslauer Landeshaus abgespielt. Auf einer besonderen Balustrade wohnten der Feiern Vertreter der städtischen und Regierungsbehörden bei. In seiner Rede, kam der Vorsitzende Geheimer Regierungsrat Klasing anlässlich des 27. Januar auf den Erlaß zu sprechen. Das gesamte Haus erhob sich hierbei, dagegen blieben der Breslauer Oberbürgermeister Dr. Wagner, der Regierungspräsident Gaertke und der kommissarische Oberpräsident für Oberschlesien, Witte, sitzen. Darauf erkundeten städtische „Maus“-Mose, Jaenicke und Wagner wurden zum Verlassen des Saales gezwungen. Witte stand nicht auf, blieb aber im Saal. Als Klising seine Rede mit dem Ausruf: „Mit Gott für König und Vaterland“ geendet hatte, ließen ihn die Vertreter der Regierung hinausweisen. Er erklärte sich bereit, aber den ihm vorgeworfenen Bruch des Gastrechts in der Versammlung eine schriftliche Erklärung abzugeben, was er dann auch tat. Darauf verließen die Regierungsvorsteher mit Witte, und dem inzwischen hinzugekommenen niederschlesischen Oberpräsidenten Hünner, der ursprünglich auf der Versammlung die Rede halten sollte, gemeinsam das Landeshaus.

Rundschau im Auslande.

Der Magistrat und die Gesundheitskommission der Stadt Posen geben durch Anschlag die Verbreitung der schwarzen Pocken in Posen bekannt.

Die belgischen Arbeiter folgen dem Beispiel der italienischen Arbeiter. Nach dem „Peuple“ haben sie in Brüssel in Westlandern Befehl von einer Fabrik ergriffen.

Der finnische Staatsrat hat dem Nobelkomitee vorgeschlagen, den Friedenspreis für 1921 dem amerikanischen roten Kreuz zuzuteilen, das in großem Umfang die Verwundeten nach dem Kriege gelindert und die Verwundeten unter den Wintern gefördert habe.

Infolge einer Forderung Russes ist in den russisch-polnischen Friedensverhandlungen erneut eine Unterbrechung eingetreten.

Österreich: Die Entente duldet den Anschluss nicht.

Da Österreich trotz der Versprechungen der Alliierten der Gedanken eines sofortigen Anschlusses an Deutschland nicht aufgeben will, versucht die Entente auf andere Weise, die von ihr so sehr gewünschte Vereinigung Deutschlands mit Österreich zu vereiteln. Der französische Delegierte bei der Wiener Reparationskommission, Klobukowski, erklärte dem Wiener Vertreter des „Temps“, das Land müsse sich nur mit Hilfe der Entente wieder erheben. Dieser Vorschlag könne ihm aber nur gewährt werden, wenn er sich Rechenschaft ablege über den Ernst der Lage, sich selbst helfe und alle schlichten Einflüsterungen beiseite schiebe. Insbesondere sei es notwendig, daß Österreich wisse, wenn nötig, müsse es ihm durch eine Erklärung des Obersten Rates klar gemacht werden, daß die Entente den Anschluss an Deutschland, was auch komme, nicht dulden werde, denn das würde mit Sicherheit den Wiederbeginn des Krieges bedeuten. Als Gegenleistung werde die Entente zwischen den verschiedenen Staaten Mitteleuropas ein normales Regime wirtschaftlicher Verbindungen aufrichten, das sich stütze auf die eigenen Interessen eines jeden dieser Staaten.

Die vom Tisoler Landtag beschlossene Abstimmung über die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich wird am letzten Sonntag im Februar stattfinden.

Frankreich: Die Regelung der Orientfrage.

Bekanntlich haben die Alliierten beschlossen, zum 1. Februar eine „Orientkonferenz“ nach London einzuberufen, auf der die griechische und die türkische Frage eingehend erörtert werden sollen. Laut Havas wird es der regulären türkischen Regierung freistehen, sich mit der nationalen Regierung von Angora ins Benehmen zu setzen, um nach getroffenen Uebereinkommen eine einzige otomanische Delegation für die Londoner Orientkonferenz zu bilden. Hinsichtlich der Stellungnahme gegenüber Griechenland treten gemäß den Entschlüsse der Londoner Konferenz keinerlei Verbindungen ein. Die alliierten Verbündeten in Athen werden auch weiterhin keine offiziellen Beziehungen mit König Konstantin unterhalten. Auch die finanzielle Hilfe der Alliierten bleibt suspendiert. Bei der Beratung der türkischen Frage legten nacheinander Graf Sforza, Lord Curzon und Briand ihre Auffassung dar: die

„Mehr König Konstantin, die Entwicklung der türkischen Bewegung, die Befürchtung, daß die türkischen Nationalisten sich mit den russischen Bolschewisten verbinden könnten und die jüngste Erfolglosigkeit der griechischen Truppen in Kleinasien werden als Gründe in den Vordergrund gestellt, um eine neue Aktion der Alliierten zu rechtfertigen.“

Griechenland: Dreißigtausend griechische Deserteure begnadigt.

Alle Personen, die unter dem benezessischen Regime als Deserteure erklärt worden sind, wurden bei der Uebnahme der Macht durch die neue Regierung durch ein Dekret begnadigt. Sie sind jetzt einberufen worden und haben sich in Massen den Militärbehörden zur Verfügung gestellt. Der Kriegsminister schätzt ihre Zahl auf 30 000 Mann.

Soziales.

Verbesserung der Kriegsbeschädigtenrenten. Im Ausschuß des Reichstages für Kriegsbeschädigtenrenten ist ein gemeinsamer Antrag der Parteien zur Verbesserung der Rentenbezüge vorbereitet worden. In dem Antrage wird eine Erhöhung der Feuerungszulage mit Wirkung vom 1. Januar 1921 um 10 vom Hundert angeregt. Außerdem wird beantragt, die Stufen des einkommensteuerverpflichtigen Einkommens je um 2000 Mark zu erhöhen. Die Beratungen über den Antrag werden fortgesetzt.

Verfälschter Holzschlag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Das preussische Landwirtschaftsministerium hat in Uebereinstimmung mit einem Beschlusse der preussischen Landesversammlung eine 10prozentige Erhöhung des diesjährigen Einschlagsolls in den Forsten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verfügt. In den Oberförstereien, in denen der Holzschlag wegen Erfüllung des Einschlagsolls bereits eingestellt ist, soll der Holzschlag sofort wieder aufgenommen werden. In den Wirtschaften für die Ausführung des Beschlusses der Landesversammlung wird gefordert, daß Arbeitseinstellungen und Arbeiterentlassungen vermieden werden. Der Mehrschlag soll aus Beständen ausgebracht werden, die vorwiegend Kärferes Nutholz liefern zur Gewinnung von Tischlerholz, Bauholz, Schwelkenholz und Papierholz.

Aus Stadt und Land.

Schweres Eisenbahnunglück in Thüringen. Mittwochs nachmittag fuhr auf dem Güterbahnhof Erfurt ein Personenzug einem Güterzug in die Flanke. Hierbei wurden beide Lokomotiven schwer beschädigt und einige Abteile eines Personenzuges eingedrückt. Es sollen zahlreiche Personen verletzt sein. Wie die „Mitteldeutsche Zeitung“ erzählt, sind zwei Personen tot, sechs schwer und gegen zwanzig leicht verletzt.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Maritt.
(48. Fortsetzung.)

Er legte vertriebt das Haupt auf das Kissen zurück, um zu sterben, da wurde die Tür des Vorgimmers aufgerissen, dann kamen schleppende Seidengewänder näher; wir kannten diese Schritte nur allzu gut! Der Bischof eilte hinaus, um die Äre zu verteibigen, und ich — verberg schnelligst das gültige Testament in meiner Brusttasche. Draußen sank die schöne Aspasia vor dem Wächter der Äre nieder und schlang ihre weißen Arme um seine Knie. Das gelbe Haar, das ihr der Sturm auseinandergerissen hatte, schleifte lang auf dem Boden; an der Seite des Gesichts aber floß es schmal und rot nieder und ringelte sich über den weißen Hals hin wie eine kleine Schlange — ein Stein aus niederstürzendem Mauerwerk hatte ihre Stirn gestreift — sie blutete. Der Bischof vergaß seine Pflicht und Erhe über der rührenden Hilflosigkeit der Wittenden die Tür slog auf und die Marquise stürzte an dem Sterbette nieder. Dom Enriquez verwünschte sie mit seinem letzten Atemzuge, er ging hinüber mit der Gewißheit, sein Unrecht ausgelöst zu haben; aber die schöne Aspasia, mit dem vor Angst zu Wachs erbliebenen Gesicht war doch sein und unser Meister. Die buntschillernde Schlange umstrickte in weichen, schmelzenden Bindungen den stolzen, ritterlichen Mann, den Hauptzeugen — er erlag dem Dämon. Er trat plötzlich in eine Fensterische, wandte dem Zimmer mit allem, was darin war, beharrlich den Rücken und sah unverwandt und angelegentlich hinaus in das nächtliche Sturmgräube. Dann züngelte die Schlange an mich heran und zischte mir leise zu, daß ihr einziges Kind, der Adgott meines Herzens, mein sei, wenn ich geschweigen lasse, daß sie das auf dem Tische liegende Schriftstück lese — ich wandte das Gesicht weg; sie ergriß das Exemplar des Testaments, das ich nachgeschrieben hatte. Mit halblauter Stimme, bebend vor Ingrimm, überlas sie die ersten Paragraphen, die sie in deutscher Form verstehen — sie wandte das Blatt nicht um — somit entging ihr das Fehlen der Unterschrift. Grell auslachend, ballte sie plötzlich das Papier in den Händen zu einem gestaltlosen Klumpen und schleuderte ihn in die Kaminschlamme. Erst nachdem die Frau Marquise kraft des ersten Testaments ihre Erbschaft angetreten, hatte sie die Gnade, mir achselzuckend und latinisch lächelnd die Mitteilung zu machen, daß sie bereits wenige Sekunden vor ihrer tohlen Fahrt nach dem Sterbelager des Dom Enriquez ihre Tochter mit einem Ebenbürtigen verlobt habe. Ich konnte sie nicht mehr vertragen, ohne den Kopf selbst in die Schlinge zu stecken. Ein Gemurmel slog durch den Kreis. Der Portugiese schritt auf den Fürsten zu.

„Das eigentliche gültige Testament des Dom Enriquez aber wanderte mit dem ruhelosen Mann, der auf die Eröffnung der Frau Marquise nicht ein Wort der Erwiderung gefunden hatte, in die Welt hinaus.“ sagte er mit feierlicher Stimme. Er griff in die Brusttasche und nahm ein Papier hervor. „Er hat es kurz vor seinem Tode in meine Hände niedergelegt. Wollen sich Euer Durchlaucht überzeugen, daß es tadellos in seiner Abfassung ist.“ Mit einer tiefen Verbeugung reichte er dem Fürsten das Papier hin. Aller Augen hingen in atemloser Spannung an dem fürstlichen Antlitz. Niemand sah, wie der Minister bei dieser überraschenden Wendung mit leidenschaftlichen Wangen anfänglich zurücktaumelte, dann aber sich halb von seinem Sitze erhob und mit vollkommener Hintansetzung des Schicksals über die Schulter seines fürstlichen Herrn hinweg in das Blatt stierte, das dieser langsam, mit besangenen Bögern entfaltete.

„Ja, ja, ja, mein Herr von Oliveira,“ rief Seine Erzellenz heiser auslachend, „Sie gehen in der Mystifizierung Ihrer aufmerksamen Zuhörer wirklich so weit, selbst eine schriftliche Beglaubigung Ihrer allerliebsten kleinen Erzählung zu bringen?“

Auch dieser impertinente Ausruf wurde nicht weiter beachtet. Der auserwählte Kreis der Hoffähigen hatte ja das selten interessante Schauspiel, den Fürsten völlig sassunglos zu sehen. Er hielt das geöffnete Papier einen Augenblick in den leichtbebenden Händen, als traue er seinen Augen nicht. Sein Antlitz wurde dunkelrot vor Bestürzung. Er überflog die erste Seite, dann wandte er das Blatt und suchte die Unterschrift.

Wenn indes die laufende Menge erwartete, nun auch die Namen des Dokuments von den Lippen zu hören, die wie nach Atem ringend sich öffneten, dann lerten sie sich. Der Fürst war nicht umsonst langjähriger Schüler seines diplomatisch gewiegten Ministers gewesen — die Lippen schlossen sich wieder. Er legte sekundlang die Rechte über die Augen, dann richtete er sich auf, als erwache er aus einem Traum, legte das Papier mit fleberhafter Hast zusammen und schoß es in die Tasche.

„Sehr häßlich, sehr interessant, Herr von Oliveira,“ sagte er mit eigentümlich bedeckten Zügen. „Ich werde noch einmal darauf zurückkommen — gelegentlich! ... Aber wahrhaftig,“ rief er aufspringend, „Sie haben recht, liebe Schliessen, es fängt an zu regnen! ... Ellen wir, unter das sichere Dach zu kommen! Hören Sie, meine Damen, wie es in den Wipfeln saust und braust? ... Schnell, schnell! ... Fackeln voran!“

Es sah aus, als werde in einiger Hast ein Begleitlager abgedrochen. Alles rannte durcheinander; die Damen suchten nach ihren Mänteln, die Herren nach ihren Hüten. ... Außer Seiner Durchlaucht und der Gräfin Schliesen spürte zwar noch niemand auch nur einen der angeblühten Regentropfen; dennoch traf man alle Vorkehrungen, die gefährdeten Toiletten in Sicherheit zu bringen.

29. Kapitel.

Der Zug setzte sich in Bewegung. Seine Erzellenz schritt mit Gisela dicht hinter dem Fürsten, der den Portugiesen an seine Seite gerufen hatte. Wer das Gesicht Seiner Durchlaucht kannte, der wußte, daß er, trotz der außerordentlichen Beherrschung seiner Züge, trotz des alltäglichen, fast inhaltslosen Geplauders, das er an Oliveira richtete, in bestiger Aufregung war. Er schritt, ganz entgegengesetzt seiner sonst streng gemessenen Art und Weise, sehr eifrig und hastig nach dem weißen Schlosse — unheimlich still und gedrückt folgte ihm der Zug der Gäste — die Erzählung des merkwürdigen Fremden war wie ein erstarrendes Element auf die überschäumende Luft gefallen.

In der Tür des Vorsalles drehte sich der Minister noch einmal um und sah hinaus in die Nacht.

„Wir bekommen nichts von dem Wetter!“ rief er in die Halle zurück. „Es fällt kein Tropfen mehr — der Sturm treibt alles nach U. zu ... Wir hätten getrost im Walde bleiben können! Ich stehe dafür, in zehn Minuten ist alles vorüber! ... Den Wagen der Gräfin Sturm!“ herrschte er einem der Lakaien zu.

„Wollen Euer Durchlaucht die Gnade haben, für heute meine Tochter zu entlassen?“ wandte er sich an den Fürsten, der eben im Begriffe stand, die Treppe hinaufzuheigen. „Sie tanzt nicht, und mir würde es sehr lieb sein, sie nunmehr, nach den vielfachen freudigen Ausregungen und Eindrücken des heutigen Abends, in der beruhigenden Stille ihres Dabeihins zu wissen.“

(Fortsetzung folgt)

Ein kritischer Tag für die sächsische Regierung.

Die aus Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten bestehende Regierungsmehrheit des Sächsischen Landtages wird in der Freitag-Sitzung der ersten ernannten Beisetzungs- oder ausgetretten. Wie wir bereits schon gemeldet haben, hat die sächsische Regierung, obwohl sie erst in diesen Tagen Grundzüge für die Einhaltung äußerster Sparmaßregeln veröffentlichte, eines der größten Dresdener Hotels aufgelassen, um darin Verwaltungsräume unterzubringen, ein Rauf, der die Ausgabe von über drei Millionen Mark erfordert. Die vom Finanzminister Heide für die Notwendigkeit dieses Anlaufs angeführten Gründe haben im Landtage durchaus nicht allgemein überzeugend gewirkt, jedoch, wie schon bekannt, ein Antrag eingebracht wurde, in dem es heißt, daß die von der Regierung vorgebrachten Gründe nicht für ausreichend angesehen werden. Dieser Antrag enthält ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung in ganz ungewohnter Form. Die Abstimmung über diesen Antrag wird nun in der Freitag-Sitzung des Landtages erfolgen. Wie sich schon im Verlaufe der Mittwoch-Sitzung ergab, werden die bürgerlichen Parteien geschlossen für das Mißtrauensvotum sich erklären. Es kommt nun darauf an, wie die Kommunisten sich verhalten werden.

Bei der Behandlung dieser Angelegenheit in der Mittwoch-Sitzung im Landtage trat deutlich in Erscheinung, zu welchen Abarten und Unmöglichkeit das parlamentarisch-demokratische Regime fähren kann. Der Finanzminister Heide verteidigte erst von der Ministerbank aus die vom Landtage aus sehr schatz) angegriffene Regierungsmahnahme, und als dann aus dem Landtage heraus der oben angeführte Antrag, der diese Regierungsmahnahme vurrteilt, kam, da verließ der Finanzminister seinen Platz auf der Ministerbank, begab sich auf seinen Platz als Abgeordneter und versuchte von dort aus, mit Hilfe einer nicht stichhaltigen Auslegung der Geschäftsordnungs-Bestimmungen, den Antrag unmöglich zu machen, der sich gegen seine Mahnahmen als Minister wendet. Ein Vorgang, wie er wohl bisher im deutschen Parlamentarismus noch nicht zu verzeichnen gewesen ist.

Deutsch als Gerichtssprache

in Elb-Bohringen zugelassen.
Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ aus Straßburg meldet, gab bei Beginn der neuen oberrheinischen Schwurgerichtsperiode in Kallmar der Gerichtspräsident bekannt, daß der Generalkommissar für Elb-Bohringen jetzt den Rechtsanwählern die Erlaubnis erteilt habe, ihre Plaidoyers nicht nur in französischer, sondern auch auf ausdrücklichen Wunsch der Klienten in hochdeutscher oder in der Dialektsprache zu halten.

Erhöhung der Stempelsteuer.

Die Sächsische Regierung hat eine Vorlage in Vorbereitung, die die Erhöhung der bisherigen Höhe der Stempelsteuer um 100% vorlegt.

Die Tiroler wollen zu Deutschland.

Innsbruck. Die vom Tiroler Landtag beschlossene Abstimmung über die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich wird am letzten Sonntag im Februar stattfinden.

Keine Verringerung des Besatzungsheeres.

Paris, 27. Januar. Das „Echo de Paris“ meldet: In einem Exposé auf der Interalliierten Konferenz erklärte Marschall Foch, er warne vor einer Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland. Die Konferenz beschloß im Anschluß an den Vortrag des französischen Marschalls, im Jahre 1921 von einer Verringerung des Besatzungsheeres Abstand zu nehmen. (Deutschland wird auch weiterhin ausbleiben.)

Frankreichs Schuld an Amerika.

Paris, 27. Januar. Frankreich schuldet Amerika zurzeit noch dem augenblicklichen Werte des Dollars 50 Milliarden Franken.

Zehnstundentag in Frankreich.

Wie „L'Intransigeant“ mitteilt, haben die Bauarbeiter in Nordfrankreich beschlossen, zugunsten des Wiederaufbaues täglich 9, ja sogar 10 Stunden zu arbeiten.

Eine Abstimmung über die Frankenwährung im Saargebiet.

Bei der am Sonntag erfolgten Abstimmung der Eisenbahner im Saargebiet über die Einführung der Frankenwährung wurden 4318 Stimmen für die Frankenwährung und 11467 dagegen abgegeben.

Auch Deutsche!

Unter dieser Epithete ist in der „Deutschen Tagesztg.“ zu lesen:

Die Deutsche Friedensgesellschaft hat sich an den Reichstag und an dessen Fraktionen mit dem dringenden Ersuchen gewendet, dem Beschluß des Hauptausschusses über die Bewilligung einer ersten Rate für den Bau eines Kleinen Kreuzers nicht beizutreten. In der Eingabe heißt es:

„Wir würden die Anhänger der allgemeinen Abrüstung, deren Zahl fast in allen Ländern erfreulich wächst, aufs stärkste unterstützen, wenn die deutsche Volksvertretung mit gutem Beispiel voranginge und durch eine Tat bewiese, daß sie jede Ausgabe zur Wiederherstellung einer deutschen Kriegsmarine ablehnt.“

Wahrlich, die Entente braucht sobald keine Sorge zu haben, daß ein einheitliches Deutschland voll nationaler Kraft wieder entstehen könnte, solange es „Deutsche“ gibt, deren Ziel es ist, für die Schwächung ihres eigenen Vaterlandes zu arbeiten.

Kirchen-Nachrichten.

Sonntag Gezeugnis, den 30. Januar 1921.
Text: Luk. 8, 4-15. — Heb. 229.

- Dippoldiswalde. 8 Uhr Beichte und heiliges Abendmahl in der Kirche: Pastor Rosen. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Sup. Michael. (Gleichzeitige Einweisung der neu- bzw. wiedergewählten Kirchenvorstände.) 11 Uhr Abendgottesdienst (2. Abteilung) im Fabrikpavillon der Firma S. & K. Reichel: Sup. Michael. Abends 8 Uhr Kirchgemeindeversammlung in der Reichstrone.
- Hennersdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Höllschütz. 2 Uhr Predigtgottesdienst.
- Johndorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Kipsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pfarrer Friedrich.
- Kreitzsch. 8 Uhr Beichte und Feier des heiligen Abendmahls.
- 9 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr kirchliche Unterredung mit den Jungfrauen aller dazu verpflichteten Jahrgänge. 3 Uhr Taufgottesdienst.
- Obermannsdorf. 2 Uhr Gottesdienst.
- Reisa. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Darauf Abendgottesdienst.
- Rosenfeld. 9 Uhr Beichte und Abendmahlsfeier: Pfarrer Rosen.
- Reusa. 9 Uhr Predigtgottesdienst: Pastor Vorwerk. 11 Uhr Abendgottesdienst: Pastor Vorwerk.
- Reichshaus. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Ruppertsdorf. 9 Uhr Predigtgottesdienst.
- Schönbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 2 Uhr Taufgottesdienst.
- Schönbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahl.
- Schönbach. 3 Uhr Predigtgottesdienst mit Abendmahl in der Kapelle.
- Schönbach. 9 Uhr Predigtgottesdienst. 11 Uhr Abendgottesdienst.

Spartafest Reinhardtgrimm.

Nächster Expeditionstag: Sonnabend den 29. Januar.

Bestgeschicktes, gelbes
Leinöl
empfehlen preiswert
Werner Hamann, Altenberg, Str.

Leinöl
und **Leinmehl**
wie ab Emma vom Wernsdorf,
Wernsdorf, am Bahnhof.

Eine gebrauchte
Häcksel-
maschine
zu verkaufen
Hermann Aranz, Wallergasse 70.

J. Sauerkrant
empfehlen
Wohn Dittsch, Bahnhofstr. 19, p.

Ein Mädchen
f. mittl. Landwirtsch., 17-20 J.
alt, bei vollem Familienanschluß
f. sofort oder später gesuht
Oberstaundorf 38.

Sauberes, fleißiges, zuverlässiges
Hausmädchen
m. Koch u. gut. Zeugn. f. 1. März
nach Dresden in best. Haushalt
gesucht. Off. u. „A. 508“ an
Häckerlein & Vogler, Dresden.

Mädchen
welches Eltern die Schule ver-
läßt, wird in die Landwirtschaft
gel. Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Traueranzeigen
bedruckt schnell die
Buchdruckerei Carl Jehne
in Dippoldiswalde

Lipin Hahn
Heute Freitag nach der
Verunglückung
Verammlung.
Frauenverein
Kipsdorf.
Sonntag den 30. Januar
Verammlung
bei Saubert.
Friseur-Lehrling
für Ostern 1921 gesucht.
Willy Stephan, Dippoldiswalde.

Die Verlobung ihrer Kinder
Margarete und Paul
beehren sich anzuzeigen
Max Halm **Josef Sandor**
u. Frau Ida u. Frau Etel Katalin
Dippoldiswalde Törköszentmiklós
(Ungarn)
den 29. Januar 1921
Meine Verlobung mit
Fräulein
Margarete Halm
gebe ich bekannt
Nossen i. Sa.
Paul Sandor
Ingenieur

Sonntag den 30. Januar abends 8 Uhr
in der „Reichstrone“
Kirchgemeindeversammlung.
1. Vortrag von Sup. Michael: „Aus dem kirchlichen Leben der
Gemeinde und der Landeskirche“.
2. Vortrag von Referendar Ritzke: „Beethovens“.
3. Aussprache über kirchliche Angelegenheiten.
Gesänge des Kirchenchores und Klavierstücke.
Der Kirchenvorstand.
Eintritt frei!

Zahn-Praxis
Max Schubert, Markt 76
Zahnersatz mit und ohne Platte
Kronen und Brücken
Plomben, Zahnziehen mit Betäubung
Ia. Ausführung Mässige Preise
Behandlung der Mitglieder
sämtlicher Krankenkassen


Turnverein
Dippoldiswalde
(D. T.)
Sonnabend, 29. Januar abends 8 Uhr im „Raten Strich“
Hauptversammlung.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht,
2. Kassendbericht,
3. Ergänzungswahl des Turnrates,
4. Wahl zweier Vertreter zum Sonntag,
5. Anträge (§ 19c des Gr.-Gef.)
Um zahlreichen Besuch bittet
b. T.

Böhtätigkeitsverein Sächsische Fachschule.
Zweigverein Reinhardtgrimm und Umgegend.
Sonntag den 30. dieses Monats im
Gasthof Sirtschbach
Bereinsberggütern.
Um gute Beteiligung bittet
der Gesamtverband.

Sparherd „Hausfreund“
D. N. G. N. 51084,
bietet 80% Ersparnis an Heizmaterial,
4-5 Brennstoffe genügen den ganzen Tag zum Kochen, Erhitzen und
Baden. Heißt Ihnen den Raum dabei behaglich warm. Es kochen
mehrere Töpfe zugleich. In jedem Ofen und Herd angubringen.
Darum Hausfrauen, schaffst euch einen Sparherd „Hausfreund“ an.
Ansehen und zu beziehen durch
Arthur Heine, Töpfermeister,
Dippoldiswalde, Markt 71.

Jugendring.
Freitag abend 8 Uhr in
„Stadt Dresden“
Aussch.-Sigung.

Gelegenheitsläufe:
Militär-Mantel, neu, 400 M. an,
Militär-Mantel, geizt, 200 M. an,
Offz.-Mantel, fast neu, 350 M. an,
Winter, selbstgegr., 300 M. an,
Zelt-Mantel, neu, 250 M. an,
Anzüge, selbstgegr., neu, 400 M. an,
Schrotdanzüge, f. neu, 600 M. an,
Winterjoppen, neu, 200 M. an,
Mil.-Höde, fast neu, 150 M. an,
Militär-Hosen, neu 150 M. an,
Reithosen, neu u. geizt, 150 M. an,
engl. Lederhosen, neu, 100 M. an,
Cord-Hosen, neu, 100 M. an,
Manchetter-Sportjoppen 150 M. an,
Militär-Stiefel, neu, 200 M. an,
und verschiedenes mehr verkauft
Dittsch,
Ein- und Verkaufsgeschäft
neuer und gek. Herrngarderobe,
Freiberg (Sa.),
Rückgäßchen 1, 1. Etage,
am Obermarkt. Kein Laden.

Schirme
Spazierstöcke
in reichster Auswahl bei
Carl Reichel, am Markt.

Häcksel
empfehlen
R. Oppelt,
Dippoldiswalde. Telefon 162.

Reis
kauft man am
billigsten bei **Kay Wolf**
1/4 Pf. 85, 110 und 150 Pf.
Bei größeren Posten billiger.
Dies ist vorteilhaft für Kinder-
heimliche und alleinstehende
Personen.

Zahnpulver, Zahnpasta
„23“
Niemand will, sondern
In Dippoldiswalde: Löwen-
apotheke und Drogerie
Bismarck, in Schmiede-
berg i. d. Drogerie, Aranz.

Provisions-Vertreter
sucht Tabak- u. Geschäfte
für die Amts. Dippoldiswalde.
Kadlacher bezozugt, nur f. l. b.,
Irebiame Herren wollen sich
melben. Off. u. „A 508“ an
Häckerlein & Vogler, Dresden.

2 Kohlen,
Kochstimm I, Hengst, 1 1/2 Jahre
alt, und auch gute, zu verkaufen.
D. Ritzke, Aienleuben bei
Gottschau.

Für die uns am Tage unserer Ver-
mählung entgegengedachten wertvollen
Geschenke und Glückwünsche sagen wir
hierdurch zugleich im Namen unserer
lieben Eltern allen unsern herzlichsten
Dank.
Kipsdorf, am 23. Januar 1921.
Max Brückner und Frau Marie
geb. Radestock.

Uns wurde ein
gesunder Junge
geschenkt.
In grosser Dankbarkeit und Freude
Pfarrer Schönbach
und **Frau Lotte, geb. Spaner.**
Breitenau, 22. Januar 1921.

Gasthof Niederpöbel.
Heute Sonnabend den 29. I. 1921
Großer öffentl. Miniflerball und
erstes Stiftungsfest der Hauskapelle.
Es laden freundlich ein Die Musiker.

Gasthof Falkenhain.
Sonntag, 30. Januar
Bratwurfschmaus
verbunden mit
gutbesetzter Ballmusik,
wogu alle Freunde, Gäste und Gönner höflich einladen
Osar Geißler und Frau.


Geflügel-Züchter-
Berein
Dippoldiswalde
hält
Freitag den 28. bis mit Sonntag
30. Januar seine
Geflügel- und
Kaninchen-
Ausstellung
im Schägenhausgarte ab.
Niemand verläumt diese sehr gut besuchte Schau.
Günstigste Kaufgelegenheit von Hühner- und Kaninchen.
Um zahlreichen Besuch bittet
das Ausstellungs-Komitee.

Erstklassige Obstbäume aller Art,
Beerenobst, Rosen, Gehölz und Stauden.
Preis- und Sortenverzeichnis kostenlos.
Einige Artikel über meine Baumzucht-Artikel:
Ihre Sendung ist zu meiner größten Zufriedenheit ausgefallen.
Senden Sie mir noch 50 Halbstämme Kiefern
Bellen, 5. 10. 20. M., geg. N. B.
Die Sendung Bäume (500 Hochstämme Kiefern) zur Straß-
pflanzung ist sehr gut angekommen und bin sehr zufrieden.
Bitte senden Sie mir weitere 100 Stück usw.
Schreibersdorf (Kreis Lauban), 18. 02. geg. Antwort. D. R.
Bestätige hiermit den Empfang der Formulare. Mit Freuden
habe ich sowie meine Gartennachbarn den regelrechten und
sachgemäßen Schnitt wahrgenommen und haben sich die
Interessierten Ihre gute Adresse notiert. Ich wünsche Ihnen
auf Grund Ihrer guten Ware einen großen Kundenkreis.
Berlin N. 65, 11. 11. 20 geg. Ing. W. B.
Habe mich sehr gefreut über Ihre Sendung und danke Ihnen
vielmals für prompte Lieferung. Habe den stärksten Aus-
baum in ganz Hellerau.
Dresden, den 7. 11. 20. geg. G. B.

Ausführung von modernen Gartenanlagen, Anlagegedächtnisbahnen,
Straßpflanzungen und Obstanlagen. Pflege fertiger Gärten.
Ausführung des Blumenkulturs. Umverlegung von Obstbäumen.
Schadlingsbekämpfung. Prima Zeugnisse über Leistungen auf diesen
Gebieten stehen zur Verfügung.
Kurt Schurig, Baumzucht und
Gartenbau-Gesellschaft, Dippoldiswalde.
Bismarckstr. 194.